

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Verleger: Verlagsanstalt Dr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einschluss 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Handtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 211

Dresden, Sonnabend, 8. September

1928

## Die Völkerverbandsrede des Reichsfinanzlers.

Genf, 7. September.

Reichsfinanzler Hermann Müller sprach in seiner Rede in der heutigen Nachmittags-Sitzung der Völkerverbandsversammlung zuerst sein Bedauern darüber aus, daß Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann nicht auch diesmal wieder Vorsitzender Deutschlands sein kann, und führte dann aus: Wenn ich in diesem Jahre hier die Auffassung des deutschen Volkes vertritt, so geschieht das in dem gleichen Geiste und in dem besten Willen, in der Organisation des Völkerverbands durch offene und aufrichtige Zusammenarbeit mit den anderen Nationen auf die Erhaltung des Weltfriedens hinzuwirken.

### Die Bedeutung des in Paris unterzeichneten Paktes zur Abwendung des Krieges

Ist von verschiedenen Vorträgern bereits in helles Licht gerückt worden. Ich kann mich ihren Ausführungen nur aus vollster Überzeugung anschließen. Die Welt sucht heute nach neuen Formen des internationalen Lebens, weil sie sieht, daß wir die Dinge nicht allein mehr mit den Methoden zu messen vermögen, auf deren Anwendung die frühere Politik im wesentlichen beruhte. Die Aufgabe des Staatsmannes fordert, daß er, im engsten Kontakt mit dem Völkerverband, die Hindernisse beseitigt, die sich der Lebensentwicklung entgegenstellen, und daß er vor allem die Entwicklung nicht keinesfalls hindernisse bereitet. So erwarten den Staatsmann auch aus dem Pakte zur Abwendung des Krieges von selbst neue Aufgaben. Ist es uns erst mit dem Bewußtsein auf eine gewalttätige Lösung von Gegensätzen zwischen den Staaten, so sind wir auch gezwungen, immer mehr darauf Bedacht zu nehmen, die Mittel für einen anderweitigen, friedlichen Ausgleich solcher Gegensätze zu finden. Ist es uns erst mit dem Bewußtsein auf den Krieg, so kann das auch auf unsere Auffassung über die militärischen Machtmittel, die für den Krieg bestimmt sind, nicht ohne entscheidenden Einfluß bleiben.

Das Komitee für

### Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit

hat das ihm zugewiesene weite Gebiet sorgsam durchsucht und den Staaten mancherlei Wege gewiesen, auf denen sie neue Friedensgarantien finden können. Deutschland kann mit Genugtuung feststellen, daß es zu seinem Teil die Empfehlungen des Komitees bereits vorher durch die Verträge von Locarno, durch das System seiner Schiedsverträge und durch die Unterzeichnung der Fakultativklausel in die Wirklichkeit umgesetzt hat. Es hat versucht, ein neues Element in die Verhandlungen hineinzubringen. Das ist der Gedanke, daß, um die Kriegsfahrgefahr zu beseitigen, es nicht darauf ankommt, den Krieg gegen den Krieg vorzubereiten, sondern dem Ausbruch von Feindseligkeiten vorzubeugen. Dieser Teil der Arbeiten des Komitees dürfte auch heute noch die Aufmerksamkeit der Völkerverbandsversammlung verdienen. So lebhaft sich die letztjährige Völkerverbandsarbeit dieser einen Seite des Problems der Friedenssicherung zuwandte, so kann doch nicht dasselbe gesagt werden von der anderen Seite des Problems, die die Unterbrechung der Kriegsmittel betrifft. Ich mache kein Hehl darauf, daß mich der

### Stand der Abrüstungsfrage

mit erster Sorge erfüllt. Es liegt auf der Hand, daß ein Land wie Deutschland, das völlig entwaffnet worden ist, den bisherigen Mißerfolg der Abrüstungsdebatten besonders stark empfindet.

Man verzeihen mir, daß ich doch einmal die Sachlage. Ein Volk hat durch seine völlige Entwaffnung eine Leistung ganz außerordentlicher Art vollbracht. Es sieht, daß es trotzdem aber aus dem geringfügigsten Anlaß von gewissen Stimmen des Auslandes mit den schwersten Verdächtigungen und Vorwürfen überhäuft und womöglich als Feind des Weltfriedens hingestellt wird. Und gleichzeitig muß es feststellen, daß andere Länder den Waffen ihrer militärischen Machtmittel ungeachtet fortsetzen, ohne dabei einen Schritt zu begehen. Die Entwaffnung Deutschlands darf nicht länger bestehen als der einseitige Akt der den Siegern des

Weltkrieges in die Hände gegebenen Gewalt. Es muß endlich zur Erfüllung des vertraglichen Versprechens kommen, daß der Entwaffnung Deutschlands die allgemeine Abrüstung nachfolgen solle. Es muß endlich der Willkür der Zwang zur Durchführung gelangen, in dem dieses Versprechen zu einem Grundprinzip des Völkerverbands gemacht worden ist. Ob man dabei von Herabsetzung der Rüstung oder einfach von Abrüstung sprechen will, das macht, glaube ich, keinen Unterschied in der Sache selbst, bei der jedermann genau weiß, worum es sich handelt. Ich vermute nicht, wie man daran zweifeln kann, daß ein Verstoß gegen den Völkerverband in der Abrüstungsfrage geradezu bedrohliche Folgen haben müßte.

Es widerstrebt mir, wie gewiß jedem von uns, derartige Folgen ernsthaft in den Bereich der Möglichkeit zu ziehen. Denn der Völkerverband darf einfach an dieser Aufgabe nicht scheitern. Es darf einfach nicht dazu kommen, daß die Hoffnung der Völker auf das Gelingen einer Zeit, wo nicht mehr Bajonette und Kanonen für ihr Schicksal entscheidend sind, enttäuscht wird, daß der große Aufstieg, den die Menschheit in der Errichtung des Völkerverbands begonnen hat, sich in einen Abstieg verwandelt, der uns sicher auf ein tieferes Niveau des internationalen Lebens führen würde, als es vorher bestand, weil das einmal verlorengegangene Vertrauen kaum jemals wieder zu beleben sein würde.

Ich kann nicht den Einwand gelten lassen, daß ein Problem von solcher Tragweite und Schwierigkeit nicht in Kürze gelöst werden könne. Von der Tatsache, daß man den Besiegten des Weltkrieges gegenüber die sofortige Entwaffnung nicht für unmöglich gehalten hat, will ich dabei ganz absehen. Dagegen möchte ich betonen, daß Deutschland niemals das Bestreben gehabt hat, unerfüllbare Maximalforderungen aufzustellen. Es hat sich von vornherein mit dem Gedanken der graduellen und etappenweisen Lösung einverstanden erklärt. In der ersten Gruppe kann und muß erreicht werden, daß eine fühlbare Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungsstandes eintritt, daß diese Herabsetzung sich auf alle Faktoren der Rüstung zu Lande, zur See und in der Luft bezieht und daß die volle Publizität aller Rüstungselemente gewährleistet wird. Ich richte demgemäß an die Völkerverbandsversammlung das dringende Ersuchen, sich endgültig über die Einberufung einer ersten Entwaffnungskonferenz schlüssig zu werden und Vorschläge dafür zu treffen, daß die technischen Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission nunmehr unverzüglich zum Abschluß gebracht werden.

Die Anregungen, die einer unserer Kollegen hinsichtlich des Verfahrens bei der Verhandlung von Petitionen der Minderheiten gegeben hat, verdienen meines Erachtens unsere volle Aufmerksamkeit, und ich würde es begrüßen, wenn sie weiterverfolgt würden; denn ich halte die Fürsorge für die Minoritäten, die dem Völkerverband durch die bestehenden Verträge anvertraut worden ist, für eine wichtige Aufgabe.

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort über die in der Debatte gleichfalls schon mehrfach behandelten

### wirtschaftlichen Fragen

hinzufügen. Die im Juli dieses Jahres in Genf von zahlreichen Staaten gezeichneten Kollektivabkommen bilden den Beweis, daß durch internationale Konferenzen von Sachverständigen vieler Staaten selbst auf so schwierigen Gebieten wie denen der posttariflichen Vereinbarungen erzielt werden können. Die deutsche Regierung begrüßt die erzielten Erfolge auf das lebhafteste und wird auch in Zukunft an der weiteren Förderung dieser Bestrebungen des Völkerverbands nach besten Kräften arbeiten. Sie hat bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen, um die Ratifizierung der erwähnten Abkommen in die Wege zu leiten, und gibt der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck, daß nicht nur diese Abkommen durch Ratifizierung in einer genügenden Zahl von Staaten in Kraft treten werden, sondern daß auch weitere wesentliche Fortschritte auf dem Wege internationaler wirtschaft-

licher Verständigung in den nächsten Jahren erreicht werden.

Wenn man

### die gesamte Tätigkeit des Völkerverbands

überblickt, und wenn man sich ernsthaft Rechnung darüber zu geben sucht, was wir von ihm erhoffen können, so wird man immer wieder auf ein und denselben Punkt zurückgeführt, das ist die Notwendigkeit des gegenseitigen Vertrauens. Das gegenseitige Vertrauen darf nicht erst das in Zukunft anzustrebende Ergebnis unserer Arbeit sein, es ist vielmehr von vornherein die wichtigste Voraussetzung für die Erzielung glücklicher Erfolge. Wie kann der vielfach in der Öffentlichkeit laut werdenden Sceptis begegnet werden, wenn die Regierungen selbst in der Handhabung ihrer Politik so verfahren, als ob alle jene Friedensgarantien nicht beständen. Der Mann aus dem Volke sieht, daß die Regierungen sich feierlich auf die Erhaltung des Friedens verpflichten, und er sieht andererseits, daß diese Regierungen gleichwohl an ihren alten Machtpositionen festhalten und neue zu gewinnen suchen. Er fragt, daß bei internationalen Verhandlungen in beiden Worten das gegenseitige Vertrauen der Staaten zueinander proklamiert und die gegenseitige Verständigung der Völker als Ziel gesetzt wird, und er fragt andererseits, daß in der Praxis die Dinge beim alten bleiben, daß es nicht einmal gelungen ist, die aus dem Weltkrieg herrührenden Schranken völlig zu beseitigen. So ist es nicht verwunderlich, wenn er schließlich dazu kommt, ein doppeltes Gesicht der internationalen Politik zu konstatieren. In der Tat, es ist unmöglich, in der Politik auf beiden Wegen zugleich zu wandern. Die Regierungen müssen es über sich gewinnen, sich für einen der Wege zu entscheiden, und es kann nicht zweifelhaft sein, auf welchen die Wahl fallen muß, wenn die Menschheit und ihre Kultur glücklich fortgeschritten sollen. Das ist keine leere Ideologie, es ist Realpolitik im besten Sinne des Wortes.

### Die Aufnahme der Rede.

Genf, 7. September.

Die Rede des Reichsfinanzlers wurde von Anfang an mit größter Aufmerksamkeit angehört. Das Interesse bewies wieder einmal, wie sehr die Kenntnis der deutschen Sprache bei den Delegierten der Völkerverbandsversammlung und bei dem großen internationalen Publikum, das alljährlich im September in Genf zusammenkommt, verbreitet ist. Der freundliche Beifall, mit dem Reichsfinanzler Müller beim Befolgen der Rednertribüne von allen Seiten begrüßt wurde, legte sich erst, als er bereits mit dem Beilegen seiner Rede begonnen hatte. Wiederholt wurden seine Ausführungen von Beifall unterbrochen, besonders lebhaft bei der zu Anfang abgegebenen Erklärung, daß Deutschland auch im Augenblick des beklagenswerten Zerfalls des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann seine Mitarbeit im Völkerverbande im gleichen Geiste und mit dem gleichen festen Willen fortsetzen werde. Seine mit erhobener Stimme vorgetragenen Ausführungen über die Notwendigkeit eines unverzüglichen Abschlusses der Vorbereitungen für die Einberufung einer ersten internationalen Entwaffnungskonferenz wurden vorwiegend bei den Vertretern der nordischen Länder mit spontanem Beifall aufgenommen. Lebhaft, anhaltender Beifall auf allen Bankreihen erhob sich am Schluß seiner Rede. Auch die französische Übersetzung wurde vor vollem Hause verlesen.

Ein großer Teil der Delegierten verließ darauf den Beginn der englischen Übersetzung in lebhaftem Gespräch den Saal, bei welcher Gelegenheit der Reichsfinanzler von einer ganzen Reihe Delegierter beglückwünscht wurde. Aus den Gesprächen in den Wandelgängen konnte man entnehmen, daß die Rede allgemein guten Anklang gefunden hat. Auf Befragen gab Dr. Riand der Meinung Ausdruck, daß sich die maßvolle und sachliche Rede des Reichsfinanzlers durchaus im Rahmen des Erwarteten ge-

halten habe. Nach Beendigung der englischen Übersetzung spendeten die Vertreter der englischen Dominien noch einmal bemerkenswerten Beifall.

Die Londoner Hauptblätter beglückwünschten die Rede des Reichsfinanzlers als gemäßig, aber eindringlich. Die gut vorgetragene Rede habe allgemeine Aufmerksamkeit gefunden. Die Pariser Blätter bezeichnen die Reichsfinanzlerrede zwar als gut ausgebaut, verlangen aber Zeit dafür, daß die Massen in den anderen Ländern sich von der wahren Entlohnung Deutschlands überzeugen. Nur „Matlois“ lehnt die Rede Müllers namentlich hinsichtlich der Abrüstungsfrage ab und vergleicht Müller mit Linnow. Die Rede des Reichsfinanzlers Hermann Müller, besonders seine Ausführungen über die Abrüstungsfrage und die Forderung nach Einberufung einer ersten Entwaffnungskonferenz, finden in der Wiener Presse volle Zustimmung. Auch die Berliner Blätter beschäftigen sich in zustimmendem Sinne mit der Rede. So schreibt u. a. der „Vorwärts“: Es sei eine der besten und tiefsten Reden gewesen, die bisher überhaupt vernommen worden seien, von der ersten bis zur letzten Zeile würdig und frei von schönen, diplomatischen Füllwörtern. Sowohl nach der Form wie nach dem Inhalt hätte die gleiche Rede ebensogut auf einem internationalen sozialistischen Kongress gehalten werden können.

### Besuch Briands beim Reichsfinanzler.

Genf, 7. September.

In Fortführung der vorgestrigen Besprechung zwischen dem Reichsfinanzler und dem französischen Minister des Auswärtigen über die deutschen und französischen interessierenden Probleme Ratete heute abend nach Schluß der Völkerverbandsversammlung Briand dem Reichsfinanzler im Hotel „Metropole“ einen Besuch ab. Im Anschluß an die heutige Unterhaltung werden im Laufe der nächsten Tage zwischen dem Reichsfinanzler und den Vertretern der anderen Völkerverbandsmitglieder Besprechungen über das gleiche Thema stattfinden, welche die gemeinsame Besprechung vorbereiten sollen.

### Die Sitzung der Völkerverbandsversammlung.

Genf, 7. September.

Die Völkerverbandsversammlung hat heute vormittag auf Vorschlag des Präsidiums ohne Aussprache beschlossen, dem Antrag des Vorsitzenden des vorbereitenden Abrüstungsausschusses, des Holländers Laubon, stattzugeben und die Kapitel des Jahresberichts des Generalsekretärs, die die einzelnen Fragenkomplexe des Abrüstungsproblems behandeln, auf die Tagesordnung der dritten Versammlungsausschusses (Abrüstungsfragen) zu setzen, auf dessen Tagesordnung zunächst nur die Berichte des Sicherheitskomitees und des Sonderausschusses für die Kontrolle der Rüstungsindustrien figurierten, da ein abschließender Bericht des vorbereitenden Abrüstungsausschusses auch dieses Jahr noch nicht vorgelegt werden konnte.

Hierauf begann die Beratung des vom Präsidium auf Veranlassung Deutschlands, Englands und Frankreichs gestellten Antrags auf ausnahmsweise nochmalige Anwendung der Übergangsbestimmungen für die Ratwahlen vom Jahre 1926 auch auf die bevorstehenden Neuwahlen. Der Zweck dieses Antrags ist bekanntlich, Spanien im Falle seiner Wahl in den Rat als nichtständiges Mitglied gleichzeitig durch einen weiteren Wahlakt ausnahmsweise sofort auch das Präsidat der Wiederwählbarkeit zuzuerkennen. Ein solcher Beschluß bedeutet das schon zu Beginn des dreijährigen Ratmandats ausgesprochene Verbleib, nach seinem Ablauf sofort für ein weiteres dreijähriges Mandat kandidieren zu können, während sonst bis zur Aufstellung einer neuen Kandidatur im Interesse des Turnus drei Jahre gewartet werden muß.

Zu dem vom Präsidium eingetragenen Antrag nahmen drei Redner das Wort. Der führende schwedische Minister des Auswärtigen Unben erklärte,